

Fraktionsvorsitzende Katrin Budde
Mittwochsgespräch am Oberlandesgericht Naumburg
„Sachsen-Anhalt eine offene Gesellschaft“
07. November 2007, Naumburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir zunächst zu sagen, dass ich Ihnen für die Einladung zu diesem Gesprächskreis danke und dass ich mich sehr freue, heute Abend hier sein zu dürfen. Ich bin mir natürlich bewusst, dass solche Dankesformel zum Standardrepertoire des Vortragenden gehört. Man hört es oft als Floskel, als sei die Freude über die Einladung eine Frage der Höflichkeit und würde vom Einladenden und vom Auditorium erwartet. Und wahrscheinlich ist da auch was Wahres dran. Aber seien Sie versichert, dass meine Freude echt ist, sonst hätte ich nicht versucht, mich mit Medizin soweit fit zu halten, dass ich heute hier sein kann.

Denn zum einen ist das Thema des heutigen Abends ein spannendes Thema und es ist ein wichtiges Thema, weil es die Grundlagen unserer Gesellschaft betrifft. Und zum anderen freue ich mich, weil Gesprächskreise wie dieser per se und im Selbstverständnis offene Gesellschaften sind. Sie sind Orte, wo der offene Diskurs und der intellektuelle Disput gepflegt werden. Wo durch den gegenseitigen Respekt aus dem Dissens in der Sache keine Antipathie zwischen den Disputanten resultiert. So hoffe ich jedenfalls. Wo also das Streitgespräch zum guten Ton gehört und nicht als Krise diffamiert wird, weil es eben Instrument und Weg zur Wahrheitsfindung ist. Das sind Orte, an denen ich mich wohl fühle. Und daher denke ich, dass wir in diesem Sinne einen angenehmen und vor allem anregenden Abend miteinander verbringen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als der Ministerpräsident die Regierungserklärung ankündigte, „Sachsen-Anhalts Weg in eine offene Gesellschaft“, habe ich das als Aufforderung verstanden, einmal über die aktuelle Tagespolitik hinaus die gesellschaftspolitischen Grundlagen unseres politischen Handelns zu reflektieren. Im Landtag haben wir dies getan und heute ist eine gute Gelegenheit die Debatte fortzuführen und gemeinsam mit Ihnen zu debattieren. Denn es ist schon unsere gemeinsame Aufgabe jenseits der täglichen Auseinandersetzung um Kinderbetreuung, Rasselsteinen und Gerichtsstandorten den Blick für das große Ganze nicht zu verlieren und hin und wieder den Kompass zu justieren.

Zumal der 17. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung ein guter Anlass ist, zu schauen, wo wir herkommen, wo wir hinfahren und wo wir hinwollen. Seit kurzem liegt der Sachsen-Anhalt-Monitor vor, der Auskunft gibt über die politischen Einstellungen im Lande. Das ist dann auch Anlass, Bilanz zu ziehen, wo wir stehen. Und wir erleben gerade, dass die Parteien in der Bundesrepublik ihre Programmatik auf das 21. Jahrhundert ausrichten. Das ist auch für uns heute Abend ein Anlass, darüber zu diskutieren, wo wir hinwollen.

Ich habe den Eindruck, dass die Frage, wo wir hinwollen, im Moment **die** zentrale gesellschaftliche Frage ist. Ich habe den Eindruck, dass wir in einer Zeit der Besinnung und Reflektion leben – und damit meine ich nicht die bevorstehende Weihnachtszeit – in einer Zeit, die geprägt ist vom Bedürfnis der Menschen und vom Bedürfnis der Politik nach Orientierung, nach Sinnsuche und nach Positionsbestimmung in der Moderne.

Seit der Jahrtausendwende häuft sich der Vorwurf an Politik, keine Visionen für die Zukunft der Gesellschaft zu entwickeln. Und ich denke nicht, dass man die fundamentale Kritik mit dem lapidaren und wohlbekanntem Satz abtun kann: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.“ (MP Böhmer) Nein, meine Damen und Herren, wer Visionen hat, soll in die Politik gehen und für seine Visionen kämpfen. Ich glaube, dass Visionen von der Zukunft und damit die Hoffnung auf ein besseres Morgen genauso wichtig für den Zusammenhalt einer Gesellschaft sind, wie gemeinsame Grundwerte. Lassen Sie uns daher heute Abend darüber

reden, ob die offene Gesellschaft eine solche Vision ist oder sei kann. Was sie beinhaltet. Und was dazu nötig wäre, sie aufzubauen.

Was ich Ihnen nicht präsentieren kann, sind fix und fertige Konzepte oder ein fertiger Masterplan. Denn dies zu erwarten hieße, die Komplexität von Gesellschaft zu verkennen. – Gesellschaftliche Entwicklung funktioniert nicht nach einem Masterplan. Das, Gott sei Dank, grandiose Scheitern der beiden deutschen Diktaturen ist ein Beleg par excellence dafür.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich will damit beginnen, zu skizzieren, wo wir herkommen. Wir, heißt damit aus Ostdeutschland. Wo wir herkommen, ist leicht zu beschreiben. Wir Ostdeutschen kommen aus einer Diktatur. Wir kommen aus einem System, das Andersdenkende systematisch verfolgt hat. Aus einem System, das persönliche Lebensentwürfe zerstört hat, wenn sie nicht ins enge Raster des Regimes gepasst haben. Aus einem System, das seine Bürger einsperren musste, damit es existieren konnte. Und dabei ist es gleich, welche positiven persönlichen Erfahrungen der Einzelne natürlich auch mit seinem täglichen Leben und seinem persönlichen Umfeld in der DDR verbinden mag.

Solche positiven persönlichen Erfahrungen sind es aber auch, die den gnädigen Schleier des Vergessens über die 40 Nachkriegsjahre im Osten legen. Da verklären nostalgische Gefühle die DDR zum sozial gesicherten Wohlfahrtsparadies, in denen es allen gleich gut ging. Aber die Wahrheit ist doch, es ging zwar allen mehr oder weniger gleich, aber es ging doch nicht gut! Es ging nicht gut in den Betrieben, es ging nicht gut in den Läden und es ging nicht gut im Gesundheitssystem, das einige heute so hoch preisen. Denn die Wahrheit ist: Die Wirtschaft der DDR war marode. Die DDR war pleite. Sie hatte ihre Anlagen verschlissen und lebte von der Substanz. Das belegen interne Papiere der SED-Führung. Das war auch für jeden ersichtlich, der in den Betrieben gearbeitet hat. Und egal welche Fehler im Einigungsprozess, ob von der Treuhand oder anderen, gemacht worden sind, Ich will die Fehler damit nicht entschuldigen, trotzdem, die wirtschaftlichen Probleme, die wir immer noch in Sachsen-Anhalt haben, sind auch 17 Jahre nach der Wende ganz überwiegend ein quälendes Erbe der DDR. Das ist keine Ausrede für uns, die wir heute politische Verantwortung haben. Aber das gehört eben auch zur Wahrheit. Und wenn wir von übernommener maroder Substanz reden, ist diese ganz besonders in den Städten und Dörfern sichtbar. Wenn man die Bilder von damals mit den Städten von heute vergleicht, dann offenbart sich in dem Kontrast, den es auch heute noch gibt, immer wieder der Verfall der DDR. Aber der Vergleich zeigt eben auch, welche Aufbauleistung wir in den letzten Jahren geschafft haben.

Das ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können, auf die wir stolz sein können in der ganzen Bundesrepublik. Denn der Aufbau Ost ist ein gesamtdeutsches Projekt, auch wenn er insbesondere geographisch weiter westlich liegenden Regionen oft nicht als solches begriffen wird. Für die Hilfe der alten Bundesländer sind wir sehr dankbar. Ohne sie hätten wir es nicht so weit geschafft. Ich sage an dieser Stelle aber auch ganz deutlich, dass wir diese Hilfe noch weiter brauchen werden. Ich finde es richtig, wenn wir darüber diskutieren, dass es auch im Westen der Bundesrepublik Investitionsbedarf gibt. Dass auch im Westen der Bundesrepublik Gegenden von hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind. Da müssen wir gemeinsam Lösungen finden. Das ändert aber nichts daran, dass die Probleme im Osten flächig nach wie vor wesentlich gravierender sind. Deswegen ist am Solidarpakt nicht zu rütteln. Wir brauchen die Mittel und die Planungssicherheit bis 2019. Wir wissen, dass wir es dann aus eigener Kraft schaffen müssen. Das werden wir auch, aber die Zeit bis dahin brauchen wir noch.

Bei allen Problemen, die wir mit der Wiedervereinigung hatten und haben, haben wir in Deutschland dennoch Glück gehabt. Ich weiß, dass das paradox klingt, aber das ist mir bewusst geworden in einem Gespräch mit einer koreanischen Delegation, die ich auf

Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Landtag zu Gast hatte. Dieser Delegation gehörten neben Vertretern des Innen- und Verteidigungsministeriums auch Beamte des südkoreanischen Wiedervereinigungsministeriums an. Ja, Südkorea hat ein Wiedervereinigungsministerium, mir war das neu. Aber in dem Gespräch ist für mich eines ganz deutlich zu Tage getreten: egal, wie akribisch sich die Koreaner vorbereiten, die Teilung währt seit 60 Jahren und ein Ende ist längst nicht in Sicht. Die Abschottung ist wesentlich strikter. Das Gefälle von Lebensstandard und Wirtschaftsleistung sind wesentlich stärker als zwischen den beiden deutschen Staaten. Und uns ist ein Krieg erspart geblieben, der heute noch zwischen Nord- und Südkorea steht. Da lohnt der Blick über den Tellerrand und führt uns vor Augen, dass unsere historische Chance ungleich besser war, auch wenn noch vieles zu tun bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe mich damals bei der Vorbereitung auf die Regierungserklärung im Landtag zwei Dinge gefragt. Zum Ersten: Was verbirgt sich hinter dem Begriff der offenen Gesellschaft? Und zum Zweiten: Leitet das Postulat der offenen Gesellschaft als Ziel gesellschaftlicher Entwicklung einen Paradigmenwechsel in den gesellschaftspolitischen Zielen des Ministerpräsidenten ein? Man muss dazu vielleicht erwähnen, dass das Thema der letzten Regierungserklärung lautete: „Sachsen-Anhalt auf dem Weg in eine solidarische Leistungsgesellschaft“. Nach meinem Verständnis als Sozialdemokratin bestehen zwischen den beiden Gesellschaftsmodellen einige, wenn nicht erhebliche Unterschiede. Ich will ihnen das kurz erläutern.

Bei der Frage nach dem Konzept der offenen Gesellschaft hilft ein Blick in die politische Philosophie. Der Begriff wurde 1945 von Karl Popper in seinem Buch *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* geprägt. Er ist ein Gegenkonzept zum Totalitarismus in der Ausprägung faschistischer, nationalsozialistischer und auch kommunistischer Ideologien. Popper wendet sich gegen ideologisch festgelegte, geschlossene Gesellschaften, die einen für alle verbindlichen Heilsplan verfolgen. Das manifestiert sich in seinem Ausspruch: „Jeder Versuch, den Himmel auf Erden zu schaffen, produzierte stets die Hölle.“ Im Gegensatz dazu fordert er offene Gesellschaften, die Meinungspluralismus und gesellschaftliche Veränderungen zulassen. Wesentliche Grundsätze solcher demokratischer Gesellschaften sind Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, wobei er sie als wehrhafte Demokratie versteht. „Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu tolerieren“, wie Popper zu Recht sagt. Diese Prinzipien teilen wir als SPD voll und ganz. Sie sind die Grundpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Und äquivalent zu Poppers Abrechnung mit dem Nationalsozialismus verstehen wir diese Grundsätze als Abkehr von anderen totalitären Gesellschaftssystemen.

Wir teilen jedoch nicht den radikalen Liberalismus von Popper. Damit geht er uns zu weit. Der Staat ist ihm ein notwendiges Übel und ansonsten ein Greuel. Er soll zwar eine ausreichende Grundversorgung bereitstellen, aber den Bürgern keine Wohltaten erweisen. Popper postuliert damit den klassischen liberalen Nachtwächterstaat in Reinkultur. Der Staat soll nur dazu da sein, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, also sicher zu stellen, dass man nachts sicher nach Hause kommt. Das, meine Damen und Herren, reicht uns nicht. Das ist uns als SPD viel zu wenig. Unsere Grundwerte sind neben der Freiheit auch Gerechtigkeit und Solidarität. Denn der Mensch ist nicht nur ein Individualwesen mit seinen Rechten und Pflichten. Er ist auch ein soziales Wesen. Er ist auf Kooperation angelegt und zu Kooperation bereit – im Übrigen ist auch das Wesen der Demokratie ein kooperatives. Ein demokratischer Staat stützt die Kooperationsbereitschaft durch seine Institutionen. Er organisiert Solidarität über unterschiedliche soziale Lagen, Generationen und Herkunft hinweg. Denn Staat ist für uns nicht Gegensatz zur Gesellschaft, sondern integraler Bestandteil (derselben).

Freiheit bedeutet für uns die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Dazu muss der Mensch frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und von Furcht. Und er muss die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Die Freiheit zur sozialen Ausgrenzung und die Freiheit zur Verelendung ist nicht Teil unseres Freiheitsbegriffs. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren,

die Freiheit des Einzelnen in einer modernen Gesellschaft ist beschränkt, denn sie endet da, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt. Dieses Prinzip gilt sowohl für den einzelnen Bürger als auch für den Staat. Daher lehne ich die Vorschläge des Bundesinnenministers zur generellen Legalisierung von Online-Durchsuchungen ab. Wenn wir unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus den gläsernen Bürger schaffen, ist von der Freiheit nicht mehr viel übrig. Und wenn die Freiheit am Ende ist, dann ist es auch die Demokratie. Dann hätten wir zum Schutz vor denen, die Freiheit und Demokratie bekämpfen, Freiheit und Demokratie selbst abgeschafft. Das wäre eine bittere Ironie der Geschichte.

Gerechtigkeit bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Sie meint gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie und gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Eine gerechte Gesellschaft muss Raum bieten für die Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten, denn Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein. Große Ungleichheiten und starke soziale Spaltungen sind eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Hier ist der solidarische Sozialstaat gefordert. Denn soziale Gerechtigkeit heißt für uns, dass jeder in dieser Gesellschaft die Chance hat, teilzuhaben. Teilzuhaben am Fortschritt, am Wohlstand und an der Gestaltung unserer Gesellschaft. Dazu brauchen wir in diesem Lande Leistungsträger und ein solidarisches Miteinander.

Denn soziale Gerechtigkeit heißt nicht nur Chancengerechtigkeit. Sie heißt auch, dass wir diejenigen nicht allein lassen wollen, die ihre Chancen nicht nutzen konnten oder die einfach keine Chancen hatten – auch das gehört leider zur Realität in unserer Gesellschaft. Denen zu helfen und ihnen eine Perspektive zu geben ist gelebte Solidarität. Dennoch heißt Gerechtigkeit nicht Gleichheit im Sinne der Einebnung von Unterschieden. Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Aber Eigentum verpflichtet auch: Wer überdurchschnittlich verdient, wer mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Was ich Ihnen in diesem kurzen Exkurs skizziert habe, sind die Kernpunkte der sozialen Demokratie. Sie ist das Ziel sozialdemokratischer Politik nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Sachsen-Anhalt. In diesem Sinne sind wir als SPD bereit, Sachsen-Anhalt gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in eine offenere Gesellschaft zu führen, nicht aber in eine offene. Dazu müssen zuerst wir die aktuellen Probleme des Landes lösen. Und ich denke, dass wir dabei auf einem guten Weg sind.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Bemerkungen zur Tektonik der Parteienlandschaft in der Bundesrepublik machen. Es mag ein wenig Nabelschau dabei sein, aber der Hamburger Parteitag meiner Partei hat einigen Staub aufgewirbelt, der mindestens kommentierungswürdig, wenn nicht kommentierungsbedürftig ist. Die ZEIT hatte bereits vor einigen Monaten einen Linksruck in der Gesellschaft ausgemacht und viele Medien sind ihr gefolgt. Sie hat das an verschiedenen Themen und an einer linken Mehrheit im Deutschen Bundestag festgemacht. – Wie wirksam solche Feststellungen werden, sieht man übrigens an der Abschiedsrede von Edmund Stoiber auf dem letzten CSU-Parteitag, der genau dies zur Gefahr für den Fortbestand des Abendlandes hochstilisiert hat. – Dieser Linksruck wurde

im Zusammenhang mit den Beschlüssen von Hamburg und besonders mit dem neuen Grundsatzprogramm der SPD wieder aufgegriffen und auf die SPD projiziert. Ich habe mich auf der Rückfahrt aus Hamburg selbst gefragt: Ist dieser Linksruck der SPD real oder ist er eine Schimäre? Ich denke, eher Letzteres und das aus zwei Gründen. Zum ersten haben Sensationsheischende Meldungen wie „Die SPD beschließt den demokratischen Sozialismus“ oder „Die SPD entdeckt den demokratischen Sozialismus neu“ rein gar keinen Neuigkeitswert, denn der Demokratische Sozialismus steht seit 1945 bei uns im Programm. Man muss dazu wissen, dass die Sozialdemokratie diesen Begriff immer als Abgrenzung zum real existierenden Sozialismus und zum Kommunismus verstanden hat. Ich will Ihnen kurz vorlesen, was im Hamburger Programm genau dazu steht:

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘ die Grundforderungen der Französischen Revolution, sind die Grundlage der europäischen Demokratie. Seit das Ziel der gleichen Freiheit in der Moderne zum Inbegriff der Gerechtigkeit wurde, waren und sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Grundwerte des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus.“

All das, was hier als demokratischer Sozialismus beschrieben ist, kann ich unterschreiben, wie übrigens so gut wie alle Mitglieder meiner Partei auch. Gleichwohl muss ich zugeben, dass das Label, das Etikett Demokratischer Sozialismus gerade hier im Osten schon ein Stück weit verbraucht ist. Dazu sind die Erfahrungen mit dem real misslungenen Experiment doch zu negativ. Dahin wollen wir nicht zurück. Insofern ist der Begriff an sich sehr ambivalent, auch für mich persönlich. Für den Beleg eines Linksrucks eignet er sich allerdings nicht, den wichtig ist nicht das Etikett, sondern der Inhalt der Packung und der ist an dieser Stelle gleich geblieben.

Zum zweiten wird der Linksruck an den Beschlüssen des Parteitages festgemacht. Aber der zentrale Beschluss war nicht der zum Alg I, war nicht der zur Bahnreform und war gleich gar nicht der zum Tempolimit. Der zentrale Beschluss war der Beschluss des Leitantrags zur Guten Arbeit. Ja, wer arbeitet, muss davon leben können. Und wer arbeitet muss das in Würde tun können. Das ist richtig und wichtig und betrifft in diesem Lande viel mehr Menschen als die Reform des Alg. Im Übrigen ist dies ein Anspruch, den alle im Saal für sich selbst erheben. Und ich glaube nicht, dass sich nur ausgesprochen „Linke“ hier befinden.

Ein paar kurze Worte will ich dennoch zum Arbeitslosengeld verlieren. Ich hätte mir gewünscht, dass wir zunächst eine Überprüfung des ALG II vorgenommen hätten. Denn das betrifft hier im Osten die meisten Menschen. Die Regelsätze müssen unter dem Aspekt der Kinderarmut überprüft werden. Richtig ist die Diskussion um die Entschärfung der Regeln für die Anrechnung von Vermögen. Ansonsten produzieren wir sehenden Auges Altersarmut, die später wieder auf die sozialen Sicherungssysteme zurückschlägt. Ich bin aber auch der Ansicht, dass es richtig ist, bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I zu berücksichtigen, wie lange die Betroffenen in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Das ist in der Tat eine Frage des Respekts vor ihrer Lebensarbeitsleistung. Allerdings müssen wir spätestens nach zwei bis drei Jahren die Wirkung dieser Verlängerung überprüfen. Es darf nicht passieren, dass große Unternehmen ältere Arbeitnehmer auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme und damit auf Kosten der Allgemeinheit entlassen. Das hatten wir schon einmal in der Kohl-Ära. Das wäre die Wiederholung einer gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Fehlentwicklung. Das kann nicht im gesamtgesellschaftlichen Interesse liegen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

entgegen vielen Ansichten, die man in der Wissenschaft und Publizistik finden mag, leben wir in einer Arbeitsgesellschaft. Unser gesellschaftlicher Status definiert sich nicht ausschließlich, aber sehr stark darüber, ob wir arbeiten und was wir arbeiten, wie viel wir verdienen und vor allem, ob wir in der Lage sind, mit dem was wir verdienen, unseren Kindern und unserer Familie ein gutes Leben zu ermöglichen. Diejenigen die nicht arbeiten

können, laufen schnell in Gefahr, in Armut zu fallen. Sie alle haben die aktuelle Debatte zur sozialen Spaltung vor fast genau einem Jahr noch im Gedächtnis. Zwar muss in Deutschland niemand verhungern, denn der Sozialstaat sichert wenigstens die Existenzgrundlage. Aber das Schlimmste an Armut ist eben nicht die Frage des Kampfes um die nackte Existenz, sondern die Erfahrung, nicht dazu zu gehören.

Die zentrale Aufgabe unserer politischen Arbeit muss daher nach wie vor die Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt sein. Nur so können die Menschen dieses Landes ein selbstbestimmtes Leben führen und an der Gesellschaft partizipieren. Wir stehen aber auch für gute Arbeit, für gemeinwohlorientierte Bürgerarbeit und für einen flächendeckenden Mindestlohn. Und wir lehnen ein bedingungsloses Mindesteinkommen im Sinne eines Bürgergeldes ab. Ich will es bei diesen Grundsätzen belassen. Vielleicht kommen wir in der Diskussion noch einmal darauf zurück.

Menschen können aber auch nur dann, ein selbstbestimmtes Leben führen, wenn sie die Voraussetzungen dazu haben, wenn sie eine entsprechende Bildung und Erziehung genießen konnten. Dafür sind natürlich zuerst Eltern und Familie zuständig, aber auch der Staat steht hier in einer großen Verantwortung. Daher möchte ich wenigstens ein paar kurze Anmerkungen zum Thema Bildung machen, zum ersten zum Bildungskonvent, der sein Arbeit bereits aufgenommen hat. Ich stelle die These in den Raum, dass die Einrichtung des Bildungskonvents die zentrale bildungspolitische Entscheidung für das Land Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahrzehnten darstellt. Mir ist bewusst, dass mit diesem Anspruch die Erwartungshaltung wächst. Ich bin aber überzeugt, dass die Mitglieder des Konvents mit ihrer Arbeit jene Skeptiker überzeugen werden, die in dem Vorhaben nur ein Ausweichmanöver sehen. Der Bildungskonvent ist keine Fortsetzung des Wahlkampfes mit anderen Mitteln. Er ist der Rahmen für eine bildungspolitische Diskussion mit vielen, die in diesem Land Verantwortung im Bildungsbereich tragen. Am Ende dieser Diskussion soll das Konzept für ein leistungsfähiges Bildungssystem stehen, das internationalen Vergleichen standhält und das länger Bestand hat, als ein Schülerleben dauert. Der permanente Wechsel als bestimmende Konstante der Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt muss und kann damit endlich ein Ende finden.

Das zweite Thema, das ich im Bildungsbereich ansprechen möchte, ist das der Kinderbetreuung. Ja, sie haben richtig gehört, für uns als SPD ist das ein elementarer Teil der Bildung, nämlich der frühkindlichen Bildung. Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Kinder mit Defiziten in ihrer Entwicklung eingeschult werden. Das sind z.B. eine verzögerte Sprachentwicklung, Konzentrationsschwierigkeiten oder Aggressionsneigungen. Damit sind sie nicht oder nur schwer zu unterrichten. Diese Defizite potenzieren sich im Laufe der Schullaufbahn, so dass für diese Kinder ein qualifizierter Schulabschluss nur schwer zu erreichen ist. Aus unserer Sicht sind daher eine Verbesserung und eine Ausweitung der Bildungsangebote im Kindergarten notwendig. Die SPD-Fraktion hat dazu ein Konzept zur frühkindlichen Bildung, das die Bildungsinhalte, die Qualifizierung der Erzieherinnen und die dazu erforderlichen Stunden festschreibt. Nach unseren Vorstellungen soll dazu zunächst im letzten Kindergartenjahr eine bessere Vorbereitung der Kinder auf das erste Schuljahr erfolgen. Im ersten Schritt wollen wir eine Ausweitung des Betreuungsanspruchs im letzten Kindergartenjahr für Kinder arbeitsloser Eltern, für Kinder von Eltern, die Angehörige pflegen, und für Kinder von Eltern, die in Elternzeit sind. Das stellt sicher, dass alle Kinder einen Anspruch auf die Kernzeit im Kindergarten haben, in der Bildung stattfinden soll. Erst wenn diese Maßnahmen unterlegt und umgesetzt sind, können wir bei der jetzigen Haushaltslage im zweiten Schritt die Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr ins Auge fassen. Für uns gilt also: erst das Kindeswohl, dann die Entlastung der Eltern!

Warum erzähle ich Ihnen das so ausführlich? Nun, das ist ganz einfach: Ich möchte für dieses Projekt werben. Sie wissen, dass wir dazu in der Koalition differierende Auffassungen haben. Die CDU möchte erst die Kostenfreiheit im letzten Kindergartenjahr und dann über die

Bildungsinhalte reden. Aus meiner Sicht geht das aber an der Realität im Kindergarten und an den tatsächlichen Defiziten und Bedürfnissen der Kinder vorbei. Deshalb werbe ich für eine breite Unterstützung, sie wissen ja, die öffentliche und vor allem die veröffentlichte Meinung ist oft eine gute Entscheidungshilfe.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Einladung zu diesem Abend ist von den Enttäuschungen in der Bevölkerung über Politik und von den Problemen in unserer demokratischen Gesellschaft die Rede. Ich kann diese Perspektive gut verstehen. Schließlich sind wir als Abgeordnete gewählt, um die Geschicke des Landes zu lenken und vor allem um Probleme des Landes zu lösen. Daher ist uns meistens eine Sicht zu Eigen, die den Blick auf die Probleme lenkt anstatt das bereits Erreichte hervorzuheben. Es ist auch ein wenig der Blick unserer schnelllebigen Mediengesellschaft, die selten nur bei dem verweilt, was ist, sondern gierig nach dem strebt, was kommt. Und da oft nur *bad news good news* sind, ist auch der Blick der Öffentlichkeit in der Regel ein Problemfokussierter.

Ich möchte aber im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Sachsen-Anhalt-Monitors 2007 zunächst den Perspektivwechsel wagen. 67 % der Sachsen-Anhalter fühlen sich stark mit dem Bundesland verbunden. 72 % sind mit ihrer derzeitigen Lebenssituation zufrieden. Ca. 80% halten die Demokratie für die beste Staatsform. 72% sind mit dem Grundgesetz einverstanden und 77% lehnen den Staatssozialismus der DDR als Gesellschaftsform ab. Und am bemerkenswertesten finde ich, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung rechtsextremistische Einstellungen und Parteien ablehnt. Zudem liegen solche Einstellungen in Sachsen-Anhalt unter dem Durchschnitt im Osten und weichen nur geringfügig vom bundesweiten Durchschnitt ab. Das zeigt mir, dass die Sachsen-Anhalter in dieser demokratischen Gesellschaft angekommen sind. Sie fühlen sich wohl in Sachsen-Anhalt, auch wenn es besser sein könnte. Und ich denke, gerade das ist ein guter Grund für einen optimistischen Blick in die Zukunft.

Gleichwohl müssen wir auch über die Defizite sprechen, die die Studie zu Tage gefördert hat. Jeder, der eine Diktatur der Demokratie vorzieht, ist einer zuviel. Jeder, der rassistisches Gedankengut vertritt und Weltoffenheit ablehnt, ist einer zuviel. Und jeder, der Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ansieht, ist einer zuviel. Daran müssen wir arbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

weite Teile der Bevölkerung sind mit der Kommunikationsweise von Politik an sich unzufrieden. Viele halten Politiker für beratungsresistent. Nur 41 % der Bürger sind mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, obwohl 72 % die Demokratie als Staatsform befürworten. Ich halte diese Differenzierung für das Zeichen eines reifen Demokratie- und Verfassungsverständnis. Darum mache ich mir keine Sorgen. Aber die geringe Zustimmung zur aktuellen Tagespolitik ist ein bedenkliches Zeugnis für uns, die wir aktuell Politik gestalten. Dem Souverän gefällt die Performance nicht! Das müssen wir als Politiker zur Kenntnis nehmen.

Performance in der Politik besteht aus politischem Handeln auf der einen und aus der Wahrnehmung dieses Handelns auf der anderen Seite. Nur wenn wir im ersten gute Arbeit leisten, wird sich das zweite verbessern. Machen wir also weiter unsere Hausaufgaben! Wir müssen die Gunst der Stunde und die Chance des wirtschaftlichen Aufschwungs nutzen und das Land auf gesunde Beine stellen! Das ist die Basis für den Weg in eine demokratische, soziale und gerechte Gesellschaft.

Zur einer guten Arbeit gehört aber auch, eine glaubwürdige und kontinuierliche Politik zu machen. Es gibt leider Wünsche und Vorstellungen, die nicht zu realisieren sind, jedenfalls

nicht im Moment. Das muss man offen sagen, auch wenn die Erfahrung leider lehrt, dass der Wähler das nicht immer oder vielmehr sogar selten honoriert. Hier gilt das St.-Florians-Prinzip: „Reformen sind gut, aber bitte nicht bei mir!“ Aber ich will daran erinnern, dass in einer repräsentativen Demokratie auch der Souverän eine Verantwortung trägt, nicht nur die gewählten Repräsentanten. Das soll keine Wählerschelte sein, aber ich habe das Gefühl, oft werden politische Bewerber nicht ihrer Konzepte, sondern ihrer Versprechen wegen gewählt. Aber Populismus darf nicht substantielle Konzepte ersetzen, obwohl viele oder mindestens einige Protagonisten in der Politik genau dies versuchen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die schwierigste Frage der Einladung habe ich bisher ausgelassen. Sie lautet: „Was hat sich seit der Wiedervereinigung in den Köpfen der Menschen ereignet, wie haben sie die ‚Revolution‘ 1989 empfunden und verarbeitet, sind sie in unserer demokratisch verfassten Gesellschaft auch mental angekommen?“ Ich werde Ihnen die Antwort auf diese Frage weitgehend schuldig bleiben müssen. Denn der erste Teil ist auch in soziologischen oder psychologischen Kategorien nur schwer zu fassen, hängt doch das Empfinden über und das Verarbeiten von Ereignissen gleich welcher Art von der individuellen Situation jedes einzelnen Menschen heute ab. Ich denke, darüber kann man höchstens in einen persönlichen Erfahrungsaustausch treten, Untersuchungen wie der Sachsen-Anhalt-Monitor geben das jedoch nicht her.

Den zweiten Teil der Frage kann ich nur mit einem beherzten „Jein“ bewerten. Ja – und das ist eine sehr profane, aber deswegen nicht falsche Aussage – die Menschen sind in unserer demokratisch verfassten Gesellschaft angekommen. Denn sie leben in ihr, sie agieren in ihr und sie beziehen bewusst oder unbewusst Stellung zu ihr, d.h., sie gestalten diese unsere Gesellschaft in einer bestimmten Art und Weise mit. Aber sind deshalb alle Menschen überzeugte Demokraten? Nein, das sind sie nicht. Und dies zu ändern, ist in Zukunft unsere gemeinsame Aufgabe als überzeugte Demokraten, gleich, ob sie ein Mandat innehaben oder nicht. Denn eine Gesellschaft kann nur dann funktionieren, wenn die Menschen, die in ihr leben, die Grundkonventionen dieser Gesellschaft akzeptieren, sie ausfüllen und sie verteidigen. Eine Demokratie funktioniert als nur mit Demokraten.

Und wie bitterernst dieses scheinbar simple Paradigma ist, wurde mir am letzten Wochenende bei einem Besuch in Buchenwald im wahrsten Sinne des Wortes unheimlich eindrucksvoll bestätigt. Denn in Buchenwald wurden Ernst Wille, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Magdeburg-Ottersleben, und Ernst Heilmann, Fraktionsvorsitzender der SPD im Preußischen Landtag ermordet. Das hat mich als Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Magdeburg-Südost und Vorsitzende der SPD-Fraktion im sachsen-anhaltischen Landtag alles andere als kalt gelassen. Wir müssen für diese unsere demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt kämpfen. Seien sie versichert, dass auch dies keine Floskel ist.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.